Kirchenkreis kritisiert Proteste gegen geplanten Moscheebau

20. März 2017

Erfurt (KNA) Im Streit um die geplante Moschee in Erfurt-Marbach hat sich nun die Kreissynode des Evangelischen Kirchenkreises Erfurt zu Wort gemeldet. Jeder Mensch habe das Recht, nach seinem Glauben und seiner Religion zu leben und sich dazu öffentlich zu bekennen, heißt es in einer am Freitag veröffentlichten Erklärung. Dazu gehöre auch die Freiheit, unter Beachtung des geltenden Rechts, Bauwerke zu errichten, die der Religionsausübung dienen. „Die Errichtung einer Moschee trägt – wie der Bau einer Kirche oder einer Synagoge – zur Bereicherung der kulturellen und religiö- sen Vielfalt in unserem Land bei.“ Der Moscheebau ist seit Monaten umstritten. Die Ahmadiyya-Gemeinde plant ein Gebäude mit Kuppel und Zierminarett. Es wäre der erste Moschee-Neubau in Thüringen und – mit Ausnahme von Berlin – nach Leipzig und Chemnitz das dritte derartige Projekt in einem ostdeutschen Bundesland. Die Kirchen und alle im Thüringer Landtag vertretenen Parteien außer der AfD begrüßen das Vorhaben grundsätzlich. Anfang März hatten Moschee-Gegner zunächst ein rund zehn Meter hohes Holzkreuz neben dem geplanten Bauplatz errichtet. Nachdem es umgestoßen worden war, stellten sie ein weiteres, vier Meter hohes Kreuz auf. Weitere Protestkreuze folgten. Beteiligt an den Aktionen waren unter anderem eine Gruppierung namens „Bürger für Erfurt“ sowie Rechtsextremisten. Die Synodalen appellierten an die Bürger, „Menschen, die sich zu ihrem Glauben und ihrer Religionsgemeinschaft bekennen, mit Respekt zu begegnen und ihre Gebetsräume und Bauwerke zu achten und zu schützen“. In der Erklärung heißt es weiter, das Kreuz als christliches Symbol sei Ausdruck der Gottesliebe zu den Menschen: „Wer, wie in dem Erfurter Stadtteil Marbach, das Kreuz als Instrument der Auseinandersetzung mit Nicht- oder Andersgläubigen einsetzt, handelt gegen das Gebot der christlichen Nächstenliebe.“

(KNA – rknlr-89-00095)

Stand: 27. November 2026